



AUSSENSICHT

Hans von Storch

über die Aufgaben der Klimawissenschaft in der Debatte um die Erderwärmung.

Klimawissenschaft ersetzt nicht Demokratie

Die Frage des gesellschaftlichen Umgangs mit dem menschengemachten Klimawandel steht rund um die UN-Klimakonferenz in Kattowitz wieder auf der Tagesordnung. Unter Politikern und Laien gibt es noch wiederkehrenden Zweifel an der Wissensbasis – sei es darüber, dass sich das Klima in einer auffälligen Weise ändert, oder darüber, dass dies an der Freisetzung von Treibhausgasen liegt. In der Klimawissenschaft jedoch ist der Konsens überwältigend: Über die physikalischen Zusammenhänge als Ursache des Klimawandels existieren kaum Zweifel.

Doch in der Wissenschaft gibt es fortgesetzt Deutungsunterschiede zu vielen Details, etwa zur Geschwindigkeit des Meeresspiegelanstieges oder zur Einordnung von gegenwärtigen Starkniederschlägen. Daneben gibt es Uneinigkeit zu den Folgen des veränderten Klimageschehens,

„Es ist nicht die Aufgabe der Klimawissenschaft, politische Maßnahmen zu fordern und so die Gesellschaft zu entmündigen.“

wie etwa zur Frage der Klimaflüchtlinge. Die Diskussion wird von interessierter Seite häufig mit der Formel „The science is settled“ zu beenden versucht. Wie oben beschrieben, ist das einerseits richtig, aber eben nicht in Bezug auf viele Details.

Die Notwendigkeit der massiven Minderung der Emission von Treibhausgasen, um das politisch formulierte Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, braucht keine weiteren wissenschaftlichen Belege. Im Rahmen des derzeitigen Wissens ist das Ziel aber nur erreichbar, wenn man später Treibhausgase der Atmosphäre entziehen wird – und keiner weiß, wie dies im erforderlichen Umfang geschehen kann. Dies ist eine Frage an Ingenieure. Den Klimaforschern obliegt abzuschätzen, welche Folgen vor Ort wann zu erwarten sind. Die Frage, welche Optionen dann im Umgang damit bestehen, fällt in den Bereich der Politik, der Ingenieurs- und Gesellschaftswissenschaften sowie der öffentlichen Debatte. Aufgabe der Klimawissenschaft ist nicht, Maßnahmen zu „fordern“ (wie man es allenthalben in den Medien liest) und so die Gesellschaft zu entmündigen, sondern diese zu beraten. Die Verantwortung für die Entscheidungen liegt bei der Gesellschaft selbst.

Hans von Storch ist Klimaforscher an der Universität Hamburg und ehemaliger Leiter des Instituts für Küstenforschung in Geesthacht.